

Landtag aktuell

16. Juni 2010

Debatte über NÖ Landesbudget 2011

Ausgaben 7,250 Mrd. Euro – Einnahmen 6,923

Mrd. Euro

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 10 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zur Beratung des Landesvoranschlages 2011 zusammen.

Abgeordneter Helmut **D o p p l e r** (VP) referierte als Berichterstatter zum **Voran-schlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2011**. Der Haushalt sieht Ausgaben von 7,250 Milliarden Euro bzw. eine Reduzierung von 1,07 Prozent vor. Die Einnahmen sind mit 6,923 Milliarden Euro bzw. einer Steigerung von 2,07 Prozent veranschlagt.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang **S o b o t k a** (VP) nahm Bezug auf Nordkorea, Iran, Afghanistan oder den Gaza-Streifen als die Brennpunkte bzw. Krisenherde der weltpolitischen Landschaft. Währungsspekulationen und unmoralische Bonuszahlungen seien ein Symbol dafür, wie Finanzwirtschaft und Realwirtschaft scheinbar auseinander brechen. Der 750 Milliarden Euro-Schutzschirm strapaziere gleichzeitig das Vorstellungsvermögen jedes einzelnen Bürgers. Burnout und Überforderung in der Arbeit würden den Einzelnen an sich selbst zweifeln lassen. Die Welt sei zwar kleiner geworden, aber nicht gemütlicher, habe Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll einmal treffend formuliert, so Sobotka. Niederösterreich setze als Antwort auf diese negativen internationalen Entwicklungen auf eine lebendige Gemeinschaft, auf Vereine und Freiwilligenorganisationen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken. Heimische Unternehmen

würden sozial verantwortungsvoll und umweltbewusst wirtschaften, das Erhalten und Schaffen von Arbeitsplätzen sei die Leitlinie ihres Handelns.

Niederösterreich habe schon vor Jahren erkannt, dass es den Menschen nur dann gut gehe, wenn sie im Einklang mit der Natur lebten, wie z. B. die Landwirte mit ihren Programmen zur nachhaltigen Bewirtschaftung von Grund und Boden und zur Landschaftspflege.

Das Bundesland Niederösterreich engagiere sich auch für die mentale Gesundheit. Ein spezielles Vorsorgeprogramm gebe den Menschen nachhaltige Hilfestellungen zur Änderung ihres Lebensstils.

Als Beweis für das Miteinander in Niederösterreich hob der Landeshauptmann-Stellvertreter insbesondere die 150 Millionen Stunden pro Jahr hervor, die Freiwillige für ihre Mitmenschen, ob bei der Feuerwehr, den Rettungsorganisationen oder den zahlreichen Blasmusikkapellen und Chören, leisten.

In Bezug auf die Weltwirtschaft betonte Sobotka, die finanzielle Situation vieler Staaten habe sich in den letzten Monaten und Jahren oft dramatisch verändert. Was in den USA 2008 als Immobilien- und Finanzkrise begann, habe den Globus nachhaltig verändert. Vor diesen Hintergründen und in diesem Umfeld seien klare Ziele und ein klarer Plan wie der Haushaltsvoranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2011 entscheidend. Für die Jahre 2010 und 2011 würden die Wirtschaftsforscher mit einem Anstieg des BIP von jeweils knapp 1,5 Prozent rechnen. Dies sei auch der vorausschauenden und umsichtigen Politik von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll zu verdanken, der rechtzeitig mit 4 Konjunkturpaketen die Wirtschaft stärkte. Bereits heuer könne man in Niederösterreich mit einem Beschäftigungszuwachs von 0,5 Prozent rechnen. Auch die niederösterreichische Wirtschaft wachse 2010 bzw. 2011 stärker als die österreichische Wirtschaft insgesamt. In diesem Zusammenhang setze Niederösterreich auf neue Wachstumsmärkte und auf grüne Technologie-Jobs.

Die Kulturpolitik bringe auch Tourismus ins Land und Spitzensport und Breitensport würden sich gegenseitig unterstützen. Im Bereich der Sicherheit zeigte der Rückgang der Kriminalität, dass die Maßnahmen greifen würden. Die Gemeinden seien die wichtigsten Organisationseinheiten des Alltagslebens. Abschließend bat er um „eine sachliche und konstruktive Diskussion“.

Generaldebatte

Klubobfrau Dr. Madeleine Petrovic (G) betonte, es handle sich bei diesem Budget um ein "Regierungsbudget". Es seien drei Parteien in der Proporzregierung vertreten, den Grünen allein käme die Oppositionsrolle zu. Wenn man sich das Zahlenwerk anschau, könne man das Budget nicht als transparent bezeichnen. Die enthaltenen Prognosen seien nicht überprüfbar. Ihren Informationen nach seien die Prognosen deutlich weniger optimistisch. Die Kennzahlen des Budgets zeigten, dass die Situation nicht katastrophal, aber auch „alles andere als rosig“ sei. Es sei keine Nachhaltigkeit gegeben. Eine nachhaltige Finanzpolitik kennzeichne sich dadurch, dass Rücklagen für die mageren Jahre gebildet werden. In Niederösterreich seien die Spielräume für die Zukunft denkbar klein. Das Budget sei nicht transparent und nicht nachhaltig. Man brauche Transparenz bei der Beantwortung von Anfragen im Landtag und eine offene demokratische Debatte.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl (FP) sagte, dass die Schulden steigen und die Leute immer weniger bekommen würden. Das Budget sehe zwar mehr Geld für die Verwaltung, aber weniger Geld für Sicherheit und sozial Schwache vor. Das Budget sei daher „eiskalt“ jenen Menschen gegenüber, die viel soziale Wärme brauchen würden. Seine Fraktion wolle diesen Weg nicht mitgehen, sondern wolle einen Wandel in der Budgetpolitik. Er forderte, dass es bei Familien, bei der Wohnbauförderung oder bei der Sicherheit keine Kürzungen geben dürfte. Es dürfe auch keine Kürzungen im Bereich der Wirtschaft und im Bereich der arbeitsplatzsichernden Maßnahmen geben. Denn vor allem die hohe Jugendarbeitslosigkeit werde sich drastisch erhöhen, wenn man nicht dagegen steuere. Er wolle auch im Bereich der Kultur den Sparstift ansetzen. Er betonte, dass sämtliche Vorhaben der FP Niederösterreich im Interesse der hier lebenden Menschen seien und zur Besserstellung der Menschen beitragen sollten. Seine Fraktion werde daher Vorschläge zur Entlastung der Bevölkerung machen.

Klubobmann Mag. Günther Leichtfried (SP) meinte, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise tiefer gehe und länger dauere als man angenommen habe. Sie berge aber auch eine Chance: Niederösterreich müsse nun nachhaltig gestärkt werden. Seine Fraktion werde dem Budgetvoranschlag 2011 nicht zustimmen, da das Budget oft keine klaren Antworten in den Bereichen Arbeitsplatzsicherung, Bildung, Gesundheit, Pflege, Klimawandel oder auch Soziales gebe. Er betonte die Notwendigkeit verstärkter Solidarität und eines intensiveren Gemeinschaftsgefühls und regte an, auch die Ängste der Menschen zu hören. Hinsichtlich eines gemeinschaftlichen Verhaltens in der niederösterreichischen Budgetpolitik kritisierte Leichtfried, dass das „Gesprächspapier“ seiner Partei sofort mit Beschimpfungen über die Medien abgetan worden sei. Man fühle sich nicht verstanden, wolle aber weiterhin im Interesse des Landes arbeiten. Bei den 7,3 Milliarden Euro handle es sich um einen „riesigen Betrag ohne Schwerpunktsetzung“, stabil seien lediglich die Vergrößerung der Schulden sowie das Festhalten an Spekulationen. Es sei hier keine auf die Zukunft ausgerichtete Budgetpolitik vorhanden. In Bezug auf die Budgetvorschau bis 2013 hielt er fest, dass die Einnahmen weniger stark steigen und sich in Bereichen wie Arbeitsmarkt, Soziales oder Pflege höhere Ausgaben ergeben würden. Mut zur Veränderung sei nicht erkennbar. Im Zusammenhang mit der aktuellen bundesweiten Debatte über das Spitalswesen betonte Leichtfried, dass es notwendig sei, „die Dinge klar und deutlich zu durchleuchten“. Seiner Meinung nach könnten durch ernsthaftes Hinterfragen beim Budget 2011 viele Millionen gewonnen werden. Abschließend forderte er eine Politik, „in der sich alle einbringen können“, sowie mehr Fairness und Gerechtigkeit für die Bürgerinnen und Bürger.

Klubobmann Mag. Klaus Schneebeger (VP) legte zum inzwischen zehnten Mal in der Generaldebatte den Standpunkt der VP NÖ dar und betonte, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise aktuell restriktive Maßnahmen sowie einen Konsolidierungskurs verlange. Es sei notwendig, zwischen dem Willen und der Notwendigkeit zu sparen und der

Fortsetzung des erfolgreichen Weges Niederösterreichs einen Spagat zustande zu bringen. Letzterer sei bestens gelungen. Man habe zustande gebracht, die schwierige wirtschaftliche Situation der vergangenen beiden Jahre durch eigenständige Maßnahmen ohne gravierende Einschnitte zu bewältigen. Die vier Konjunkturpakete seien die blau-gelbe Antwort auf die Krise gewesen. Durch sie sei der wirtschaftliche Anschlag im Land forciert worden. Man könne auf die Entwicklung Niederösterreichs stolz sein. Weiter ging er auf das in der Landesverfassung fixierte Proporzsystem ein und betonte, dass es neben einer Oppositionsfraktion drei Regierungsparteien gebe, wenngleich die Realität allerdings anders ausschaue und SP sowie FP ebenso wie die Grünen Opposition betreiben würden. Die Grünen seien zu einer „Geschäftsordnungspartei“ verkommen. Die FP sei eine reine „Obstruktionspartei“, die polemisiere und skandalisiere. Überholt werde die FP dabei noch von der SP, die einen Paradigmenwechsel zur dritten Oppositionspartei vollzogen habe. Im Ausschuss habe die SP alle 100 Punkte wie Pendlerhilfe, Pflegegeld, Wohnbaurdarlehen, Wirtschaftsförderung etc. abgelehnt. Das sei destruktive Politik, welche die SP schon bei den Veranlagungen unter Beweis gestellt habe, obwohl den Steuerzahlern 600 Millionen Euro zugute gekommen seien.

Überboten werde das noch von der Bankrotterklärung in Bezug auf die Bildungspolitik. Die VP werde das „größte Schulvernichtungsprogramm der Zweiten Republik“ nicht nach Niederösterreich hineinlassen. Diese Politik werde in Niederösterreich auf keinen fruchtbaren Boden fallen. Die VP werde auch die Verantwortung der anderen Regierungsglieder wahrnehmen. Wenn die anderen Parteien auch blau-gelb dächten, müsste das Budget einstimmig angenommen werden.

Das Eingehen in die Spezialdebatte wurde einstimmig beschlossen.

Spezialdebatte

Gruppe 0

Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung

In der Gruppe 0 sind im ordentlichen Teil Ausgaben von 707,17 Millionen Euro und Einnahmen von rund 94,54 Millionen Euro vorgesehen.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) eröffnete die Debatte: Durch das Landesbudget werde auch nach außen die gute Zusammenarbeit zwischen Land und Gemeinden dokumentiert. Alle Investitionen dienten der Belebung des ländlichen Raumes. Die Gemeinden gehörten nach wie vor zu den größten Impulsgebern der Wirtschaft. Niederösterreich habe mit den Konjunkturpaketen zum richtigen Zeitpunkt die richtige Antwort gegeben. Das Land Niederösterreich müsse auch bereit sein, Gesetze zu ändern, um Verwaltungsvereinfachungen zu ermöglichen. Ein Aufschnüren des Finanzausgleichs sei aber für die nächsten Jahre ausgeschlossen, weil davon vor allem kleinere Gemeinden profitierten. Besonders Gemeinden im ländlichen Raum, wo die Bevölkerungszahl sinke, hätten auf Grund der geringen Kommunalsteuer ein großes finanzielles Problem. Deshalb unterstütze das Land Niederösterreich mit einem Maßnahmenpaket und mit zielsicheren Projekten die Kleinstgemeinden im Land.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) sagte, in den Gemeinderäten und Gemeindeausschüssen werde gerade versucht, die Gemeindebudgets für die nächsten Jahre zu erstellen, wobei auch für die Zukunft viel zu wenig Geld für die vielen Aufgaben in den Kommunen zur Verfügung stehe. Die Überlegung, einen Zukunftsfonds zu gründen und damit die Gemeinden zu unterstützen, sei eine von vielen Möglichkeiten, die Gemeindekassen zu stärken. Besonders die kleinen Gemeinden würden vom Finanzausgleich profitieren, sofern diese ihre Hausaufgaben erledigten und die Gebühren korrekt einheben würden. Größere Gemeinden wie die Statutarstädte hätten aber ein gro-

ßes Problem, ihre Dienstleistungen weiter so den Bürgern anzubieten. Es bedürfe daher einer neuen Stabilität in den Haushalten, um auch den Städten eine bessere finanzielle Basis anzubieten. Dabei könnten die Gelder der Wohnbauveranlagung dazu beitragen, einerseits die niederösterreichischen Gemeinden mit 200 Millionen Euro zu unterstützen und andererseits die Menschen und die regionale Wirtschaft zu fördern.

Abgeordneter Mag. Karl W i l f i n g (VP) meinte, die Partnerschaft zwischen Land und Gemeinden sei die Basis für den erfolgreichen Weg Niederösterreichs, aber auch dafür verantwortlich, wie zufrieden die Menschen in ihrer Heimat sein können. Bei der Veranlagung der Wohnbaugelder sei kein Geld verspekuliert worden. Niederösterreich stehe seit Jahren zu seinen kleinen Gemeinden, seinen kleinen Schulen und Krankenhäusern.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) betonte, das Zusperrern von Kleinstschulen und Krankenhäusern komme genauso wenig in Frage wie das Schließen von Postämtern oder Polizeiinspektionen. Auch ein Aufschnüren des Finanzausgleichs sei nicht positiv, da die Gemeinden in den letzten Jahren der Motor für die kommunale Wirtschaft gewesen seien. In diesem Zusammenhang brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend eines dringend erforderlichen Investitionspaketes für niederösterreichische Gemeinden ein. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, einen Zukunftsfonds zu schaffen und die Erhöhung der Umlagen der Gemeinden an das Land Niederösterreich auszusetzen. Er brachte außerdem einen **Antrag** ein, diverse Budgetansätze getrennt abzustimmen.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) betonte, die Gemeinden seien die wichtigsten Organisationseinheiten im Land. Die Gemeindeverantwortlichen würden am besten wissen, wo sie vor Ort ihr Geld einsetzen müssen. Gerade in einer finanziell angespannten Situation sei die Zusammenarbeit von Gemeinden und Land besonders wichtig. Durch einen Kassasturz könne man nachhaltig den Handlungsspielraum der Gemeinden erhöhen.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) widmete sich dem Thema Fördermittel im EU-Bereich und gab u. a. einen Überblick über die LEADER-Regionen. Er dankte

Landesrätin Mikl-Leitner, die sich verstärkt und intensiv um die Verbreitung regionaler Fördermittel kümmere. Man werde an diesem Konzept auch künftig gerne mitarbeiten.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) machte ebenfalls die EU-Förderungen zum Thema und sprach angesichts von 15 Jahren EU-Beitritt Österreichs von einer Erfolgsstory. Es seien in Niederösterreich zahlreiche regionale Leitprojekte umgesetzt und 2,8 Milliarden Euro an Investitionen ausgelöst worden. Er meinte, dass die Zustimmung zu Europa wieder größer werden sollte.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) beurteilte die Bilanz der vergangenen 15 Jahre bei der EU ebenfalls als positiv, Niederösterreich habe davon intensiv profitiert. Die heimische Wirtschaft sei auf der Überholspur, für die Exportwirtschaft hätten sich große Chancen ergeben und bei den Betriebsgründungen habe es seit dem Beitritt Steigerungen von über 60 Prozent gegeben. In den Grenzregionen sei kein wirtschaftlicher Rückgang zu verspüren. Die Ausrichtung der Regionalförderungspolitik sei richtig gewesen. Überdurchschnittliches Wachstum könne Niederösterreich in diesem Zusammenhang auch bei der Beschäftigung oder im Tourismus verzeichnen.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) brachte einen **Resolutionsantrag** zum Thema Einleitung eines Diskussionsprozesses bezüglich einer Verwaltungsreform in NÖ ein.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sprach davon, dass eine Verwaltungsreform nötig sei, bei der Doppelgleisigkeiten beseitigt werden müssten. Es gelte, in der Verwaltung dort zu sparen, wo die BürgerInnen keinen Nachteil daran erleiden würden. Den Gemeinden sei Hilfeleistung zu geben, allerdings nicht mittels Gebühren, die öffentliche Hand müsse sich hier entsprechende Gedanken machen. Einsparungspotenzial ortete er im Bereich Repräsentation, wozu er einen **Abänderungsantrag** einbrachte.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) hielt fest, dass in Niederösterreich im Bereich Verwaltung zuletzt über zehn Prozent an Dienstposten eingespart wurden, wohingegen die Zahl der Kindergärtnerinnen um fast 1.000 erhöht wurde. Diese Kindergar-

tenoffensive sei als echte Schwerpunktsetzung in Richtung soziale Modellregion zu werten. Die Verwaltungsreform finde in Niederösterreich demnach bereits seit Jahren statt. Bürgernähe und -service seien die Markenzeichen des NÖ Landesdienstes. Dass Niederösterreich ein Vorzeigeland auf der Überholspur sei, sei auch jenen zu danken, die engagiert dafür arbeiten.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) sagte in einer tatsächlichen Berichtigung: Es sei unangebracht, ihre Wortmeldung „lieb“ zu nennen.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) akzeptiert diese Wortmeldung nicht als tatsächliche Berichtigung.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) sprach zum Konsumentenschutz und seinem „Herzstück“, der Lebensmittelkontrolle. Die Experten seien rund um die Uhr im Dienste der Sicherheit unterwegs, obwohl die finanzielle Situation „nicht gerade üppig“ sei.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) meinte, im Sinne einer wirkungsorientierten Verwaltungsreform müsse die öffentliche Verwaltung effizienter gestaltet werden. Niemand wisse aber, wie dies zu bewerkstelligen sei. Oberösterreich könnte hier als Vorbild genommen werden.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) sagte zur Finanzierung des Tierschutzes, das Land leiste hier durch das Tierheimkonzept und eine Reihe weiterer Maßnahmen einen wesentlichen Beitrag. Bedenken habe sie nach wie vor gegen Teile des Hundehaltegesetzes.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) führte aus, der NÖ Voranschlag entspreche zu 100 Prozent den zeitgemäßen wirtschaftlichen Erfordernissen. Dennoch werde keinen Millimeter von der Zielsetzung einer sozialen Modellregion abgerückt. Auf dieser Basis werde Niederösterreich weiterhin an der Spitze bleiben.

In einer getrennten Abstimmung wurden die Ansätze der Gruppe 0 mit den Stimmen der VP bzw. VP und SP angenommen. Die Resolutionsanträge des Abgeordneten Dworak

(Investitionspaket NÖ Gemeinden) und der Abgeordneten Renner (Verwaltungsreform in NÖ) bleiben ebenso in der Minderheit wie der Abänderungsantrag der Freiheitlichen (Einsparung bei Verwaltung und Repräsentation der Landesregierung).

Gruppe 1

Öffentliche Ordnung und Sicherheit

In der Gruppe 1 sind Ausgaben von 29,60 Millionen Euro und Einnahmen von 4,76 Millionen Euro vorgesehen.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) eröffnete die Debatte: Trotz aller Jubelmeldungen hätten die Niederösterreicher kein Gefühl des Sicher-Sein-Könnens. An der Misere trage aber nicht die Exekutive, sondern das Innenministerium Schuld. Es stünden immer weniger Beamte für den Einsatz zur Verfügung. Er meinte, die niederösterreichische Exekutive benötige dringend mehr Personal, um die schwierigen Herausforderungen in der Zukunft besser zu meistern. Aufgabe der Politik sei es, für die richtigen Rahmenbedingungen zu sorgen. Ein wichtiges Element sei die soziale Sicherheit, aber auch die Feuerwehren, das Rote Kreuz oder der Samariterbund.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) erklärte, der Kern der eigentlichen Sicherheitsaufgaben sei die soziale und ökologische Sicherheit. Die klassische Sicherheit mit Polizei und Rotem Kreuz oder Feuerwehr sei bereits sehr gut geregelt. Petrovic kritisierte die geringen Budgetansätze in den Bereichen Jugend und Soziales. Außerdem starte die mittlerweile stark abgespeckte Grundsicherung immer später, wobei dadurch auch der soziale Friede im Land gefährdet werde.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) meinte, die Ausgaben für Repräsentationskosten steigen, beim Katastrophenschutz und beim Zivilschutz werde gespart. Auch das Feuerwehrwesen erhalte laut Budgetvoranschlag 2011 um eine Million Euro weniger, obwohl die Anzahl der Katastropheneinsätze laufend steige. Er brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Waldhäusl, Ing. Huber, Tauchner, Schwab und Sulzberger einen **Resolutionsantrag** betreffend sofortige Wiedereinführung der Kontrollen an Österreichs Grenzen durch die Exekutive ein.

Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r (VP) betonte, die Arbeit der Exekutive dürfe nicht schlecht geredet werden und den Blaulichtorganisationen und ihren Mitarbeitern sei für ihren Einsatz zu danken. In Niederösterreich sei im ersten Quartal laut Kriminalitätsstatistik ein Rückgang von 22 Prozent bei Einbrüchen in Wohnungen und Einfamilienhäuser zu verzeichnen gewesen. Als Beispiel für den Erfolg der Exekutive hob Karner insbesondere die SOKO Ost hervor, die mit Schwerpunktaktionen nachhaltig für mehr Sicherheit im Osten Österreichs Sorge. Schwerpunkte seien dabei das Wiener Umland, aber auch grenzüberschreitende Kooperationen mit den Nachbarländern. Eine effektive Bekämpfung der Kriminalität sei nur durch eine noch bessere Ausstattung der Exekutive und zusätzliches Personal möglich. Zudem zeige auch das neue Asylgesetz Wirkung, wobei in Traiskirchen seit Jahresbeginn ein deutlicher Rückgang bei den Asylwerbern zu verzeichnen sei.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) sagte, die Region Baden interessiere sich besonders für die Themen Asyl und Integration. Besonders wichtig sei es, dass die Integration bereits in den Kindergärten und Schulen beginne. Man werde viel Geld in die Hand nehmen müssen, um z. B. Sprachkurse zu finanzieren.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) widmete sich dem Thema Prävention. Seit Beginn der Aktion Sicheres Wohnen seien bereits 30.000 Anträge gestellt worden. Die Aktion sei bis Ende des Jahres 2010 verlängert worden. Der Schutz der niederösterreichischen Betriebe sei dem Land ebenfalls ein großes Anliegen. Seit Beginn der Aktion für Präventionsmaßnahmen seien über 500 Förderungen vergeben worden. Die Sicherheit der Bevölkerung habe in Niederösterreich oberste Priorität.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) betonte, die Familie Niederösterreich setze ganz besonders auf die Vereine und Freiwilligenorganisationen. Gemeindegemeinschaften würden ein beachtliches Potenzial zerstören. Die kleineren Einheiten brächten

ein großes Maß an Motivation für den Einzelnen. Das Freiwilligenwesen sei eine unverzichtbare Stütze der Gesellschaft und auch ein wirtschaftlicher Faktor.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl (FP) hob hervor, seine Fraktion sage ein klares Ja zum Ehrenamt und zu den Freiwilligen. Die Arbeit der Freiwilligen könne man gar nicht hoch genug einschätzen. Täglich gebe es Meldungen, die darüber berichten, dass die Freiwilligen zu jeder Tages- und Nachtzeit gerufen werden, weil die Naturkatastrophen immer mehr werden. Er brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** betreffend ausreichende Budgetierung von Katastrophenschäden ein. Weiters brachte er gemeinsam mit den Abgeordneten Waldhäusl, Findeis, Königsberger, Ing. Huber u. a. einen **Resolutionsantrag** zum Thema Zukunftsvertrag für unsere Blaulichtorganisationen ein.

Abgeordneter Josef Edlinger (VP) sprach über das Feuerwehrwesen und sagte, in den Freiwilligen Feuerwehren seien hochmotivierte Personen stets bereit, ihre Freizeit für die Allgemeinheit einzusetzen. Es sei beeindruckend, wie durch die rasche Hilfe der Freiwilligen Feuerwehren schnell geholfen werden könne. Allen freiwilligen Helferinnen und Helfern sei zu danken. Die Freiwilligen Feuerwehren leisteten einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit im Land.

Abgeordneter Erich Königsberger (FP) sagte, die Errichtung des Bündelfunknetzes diene der Erhöhung der Einsatzbereitschaft und der Bündelung aller Kräfte. Die Gesamtkosten seien allerdings auf das Zwei- bis Dreifache gestiegen.

Abgeordneter Karl Badner (VP) meinte, das Freiwilligenengagement sei ein besonderes Fundament für die Sicherheit im Land. Die mehr als 17.000 aktiven Vereine leisteten einen gewaltigen Beitrag zur Landesentwicklung. Angesichts des Internationalen Jahres der Freiwilligen 2011 betonte er, in Niederösterreich gebe es jedes Jahr ein Jahr der Freiwilligen.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) bezog sich auf den Besuchsdienst in den 48 NÖ Landespflegeheimen mit mittlerweile mehr als 1.500 Helferinnen und Helfern. Die im Durchschnitt 180.000 ehrenamtlichen Einsatzstunden bedeuteten umgerechnet fünf Millionen Euro.

Die Gruppe 1 wurde mit den Stimmen von VP und SP angenommen. Sämtliche Abänderungs- und Resolutionsanträge (Sofortige Wiedereinführung der Grenzkontrolle, Budgetierung von Katastrophenschäden und Zukunftsvertrag Blaulichtorganisationen) blieben in der Minderheit.

Gruppe 2

Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft

In der Gruppe 2 stehen Ausgaben von 1.296,22 Millionen Euro Einnahmen von 995,73 Millionen Euro gegenüber.

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) eröffnete die Debatte: Bildung und Wirtschaft seien eine Schicksalsgemeinschaft. Zugangsbeschränkungen zu den Universitäten und ein Bremsen bei den Schulreformen seien keine geeigneten Antworten. Ein **Resolutionsantrag** gemeinsam mit dem Abgeordneten Weiderbauer fordert mehr Sozialarbeiter in Pflichtschulen. Zudem stellte er einen **Antrag** auf getrennte Abstimmung.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) sprach von einem besonderen Bildungsschwerpunkt in der sozialen Modellregion. Chancengerechtigkeit sei das entscheidende Schlagwort. Niederösterreich nehme seine Verantwortung wahr, Konsequenz daraus sei aber auch die nötige Kompetenz. Er lobte zudem die Hauptschule in Niederösterreich und hielt fest, dass im Bereich der Schulsozialarbeit im Land eine Million Euro ausgegeben würde. Der Zentralismus, den die SP befürworte, gefährde unter anderem Lehrkräfte oder auch die wohnortnahe Schulversorgung.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) gab zunächst eine Richtigstellung zum Thema Sozialarbeit in Schulen ab: Hievon seien Pflichtschulen betroffen. Punkto Senkung der Klassenschülerhöchstzahl betonte sie, dass dies eine jahrelange SP-Forderung gewesen sei. Mit dem Kinderbetreuungsgeld, der Schaffung von Arbeitsplätzen und von Kinderbetreuungsplätzen sei Niederösterreich am richtigen Weg, doch müsse der Zugang zur Bildung für alle kostenlos möglich sein. Nötig seien der weitere Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und eine Novelle zum Kindergartengesetz.

Abgeordneter DI Willibald E i g n e r (VP) widmete sich in seinen Ausführungen der Entwicklung der Fachhochschulen in Niederösterreich und ging auch auf das ISTA in

Klosterneuburg ein, das eine Vielzahl an Beschäftigungs- und Entwicklungsmöglichkeiten biete.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) ging auf das Thema Sport ein und hielt fest, dass man Niederösterreich mit Fug und Recht als Sportland bezeichnen könne. Es würden in diesem Bereich „alle Akzente zur Unterstützung“ gesetzt werden. Sparen sei auch hier angesagt, jedoch dürfe der Breitensport bzw. Vereinssport nicht leiden.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) meldete sich zum Thema Bildung zu Wort und stellte fest, dass es in der Lehrerausbildung auch Defizite gebe. In der Folge brachte er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** betreffend Abschaffung des Landesschulrates und der Bezirksschulräte ein. Einen weiteren **Resolutionsantrag** brachte die FP betreffend Sicherung der Ausbildung zur Erhaltung der Volksschule Mistelbach III (Siebenhirten-Hörersdorf) ein. Weiters ging er auf die Reform des Bildungssystems ein und forderte Chancengleichheit ein. Er brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Waldhäusl, Königsberger, Schwab, Sulzberger und Tauchner einen **Resolutionsantrag** betreffend Deutsch als Schul- und nicht nur Unterrichtssprache ein.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, es sei wichtig, die gute Arbeit der Lehrer auch für die Zukunft zu erhalten und eine Basis zu schaffen, damit die qualitätvolle Leistung des Schulpersonals auch in den nächsten Jahren erhalten bleibe. Beim Budgetvoranschlag für das Jahr 2011 wäre es wünschenswert gewesen, wenn verstärkt in die Sparten Forschung und Bildung investiert werde. Bei den jeweiligen Untergruppen im Budgetvoranschlag könne man jedoch erkennen, dass gerade im Bildungsbereich gespart werde. Schwerpunkt müsste eine Erhöhung des Personals im Bildungsbereich sein, um die Gruppengrößen in den Bildungseinrichtungen gering zu halten. Hingegen sei eine Abschaffung der Bezirks- und Landesschulräte nicht zielführend. Generell sei zu überlegen, flexible Schulsprengel zu ermöglichen und nicht Kleinstschulen zu erhalten.

Abgeordneter Günter K r a f t (SP) erklärte, die Berufsschulen in Niederösterreich seien Teil des erfolgreichen dualen österreichischen Bildungssystems. Viele Lehrlinge von heute seien die Facharbeiter und Unternehmer von morgen. Gut ausgebildete Fachkräfte würden das Rückgrat der niederösterreichischen Wirtschaft bilden. Bedauernd sei, dass viele junge Menschen keine Lehrstelle bzw. keinen Job finden.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) betonte, ein Land, das in die Bildung investiere, investiere in seine Zukunft. Dabei setze Niederösterreich im Bildungsbereich auf fordern und fördern. Schwerpunkte der aktuellen Initiativen des Landes Niederösterreich seien der Physikkoffer für die Haupt- und Sonderschulen, Englisch als Arbeitssprache, eine neuartige Lernplattform bzw. Lern-CDs zur politischen Bildung. Konkret gebe es noch den Top-Talente-Check, Begabtenakademien in Baden bzw. am Semmering sowie eine Frühförderung in der Volksschule.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) kritisierte, die Bestellung von Lehrerinnen bzw. Lehrern an Schulen sei in vielen Fällen nicht ausreichend objektiviert. So sei in der Vergangenheit bei Direktorenbesetzungen viel zu oft nach Parteizugehörigkeit vorgegangen worden. Das Sportressort werde in Niederösterreich hingegen vollkommen unpolitisch geführt.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) meinte, das effektive Bildungswesen in der Bildungsregion Waldviertel sei eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung der Gesellschaft im ländlichen Raum. Aufgabe der Verantwortungsträger in Niederösterreich sei es, im Waldviertel ein vielfältiges Bildungsangebot für die Jugend anzubieten und die Bildung zu den Jugendlichen zu bringen. Viele Jugendliche würden aber in einer Schulform untergebracht sein, die nicht ihren Talenten und Neigungen entspreche. Zudem müssten viele Jugendliche in weit entfernte Schulen auspendeln. Die Wirtschaft im Waldviertel habe mittlerweile Probleme, spezialisierte Fachkräfte zu finden. Eine Chance biete in diesem Bereich die Initiative „Energieautarke Region Waldviertel“. Um dieses ehrgeizige

Ziel zu verwirklichen, brauche es aber gut ausgebildete Jugendliche. Ein **Resolutionsantrag** gemeinsam mit den Abgeordneten Waldhäusl und Weiderbauer fordert zusätzliche alternative Ausbildungszweige für das Waldviertel.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) sagte, es gehe nicht um „Wohlfühlschulen“, sondern um Disziplin und den Willen zum Lernen. Die Wirtschaft brauche junge, gut ausgebildete Menschen, um konkurrenzfähig zu sein. Gleiches gelte für die Landwirtschaft und die Landwirtschaftlichen Fachschulen. Das Modell der Gesamtschule lehne er klar ab.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) meldete sich zum Bereich Wissenschaft zu Wort: Ohne Forschung gebe es keine Erkenntnisse, keine Entwicklung und somit auch keinen Fortschritt. Der wissenschaftliche Vorsprung müsse auch weiterhin gewährleistet sein, um den Standort Niederösterreich abzusichern. Im Bereich Wissenschaft und Forschung dürfe nicht gespart werden. Ein **Abänderungsantrag** seiner Fraktion fordert dementsprechend Umschichtungen zu Lasten der Gruppe 3.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) sprach über die Forschungsachse Krems – Tulln – Klosterneuburg – Wiener Neustadt mit derzeit 13 Einrichtungen im tertiären Bereich. Dieses Erfolgsmodell sei über die Grenzen Österreichs hinaus vorbildgebend.

Die Budgetansätze der Gruppe 2 wurden bei getrennter Abstimmung mit Mehrheit von VP bzw. VP und SP angenommen. Der Abänderungsantrag (Umschichtung) blieb ebenso in der Minderheit wie alle Resolutionsanträge (SozialarbeiterInnen in Pflichtschulen, Abschaffung Landesschulrat und Bezirksschulräte, Sicherung Ausbildung – Volksschule Mistelbach III, Schulsprache Deutsch und Bildungsmix Region Waldviertel).

Gruppe 3

Kunst, Kultur und Kultus

In der Gruppe 3 sind Ausgaben von 107,76 Millionen Euro und Einnahmen von 2,56 Millionen Euro vorgesehen.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) eröffnete die Debatte: Niederösterreichs Kulturpolitik sei stabil und zuverlässig. Es werde keine Zustimmung zu einer Reduzierung des Kulturbudgets geben. Die kulturelle Vielfalt habe eine äußerst dynamische Entwicklung hinter sich. In den letzten Jahren habe das Land 300 Millionen Euro in Kulturbauten investiert. 2009 habe es über 1,5 Millionen Besucher in Ausstellungen und den insgesamt 700 Museen gegeben.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) bezeichnete die Kultur auch als wichtigen Tourismusmotor und nannte als Beispiel dafür den Theatersommer. Dementsprechend sei der Kultur mehr Geld zuzuführen.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) umschrieb Kultur als höchste Ausdrucksform, die sich mannigfaltig in der Kunst äußere. Seine Fraktion trete für die Freiheit der Kunst ein. Er merkte an, dass die Kulturwirtschafts GmbH eine Erhöhung im Budget erfahren habe. Hier bleibe die Frage, ob eine Vielzahl von Gesellschaften nötig sei. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er einen **Abänderungsantrag** betreffend Senkung des Budgetansatzes in der Gruppe 3 ein.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) hielt fest, dass sich Kulturausgaben rechnen würden und sich dies in Niederösterreich zeige. Kultur sei auch ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor und Motor für viele Betriebe. Investitionen in die Kultur würden zudem hohe Wertschöpfungen auslösen. Gesondert ging er auf die Denkmalpflege ein, in welche aktuell eine Million Euro mehr als zuletzt fließe. 2008 und 2009 habe das Land hier 7 Millionen Euro investiert, es seien dadurch rund 35 Millionen Euro an Investitionen ausgelöst wor-

den. Auch auf die Landesausstellungen ging Maier ein, hier würden ebenso langfristige Impulse ausgelöst.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) ging speziell auf den Bereich Musikschule ein und kritisierte den Stopp der Förderungen für erwachsene MusikschülerInnen. In einem Familienland wie Niederösterreich sollte das gemeinsame Musizieren bzw. Erlernen eines Instruments einen entsprechenden Stellenwert haben. Er mutmaßte, dass diese Entscheidung unter Zeitdruck erfolgt sei und regte an, eine neue Regelung zu schaffen.

Abgeordneter Ing. Martin **H u b e r** (FP) widmete sich ebenfalls dem Musikschulbereich und konstatierte, dass die bereits von seinem Vorredner angesprochene Änderung eine „Absage ans lebenslange Lernen sei“ und überdies der Philosophie des Landes Niederösterreich widerspreche. Es sei zu bedenken, dass Musik Generationen verbinde. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen sowie dem Abgeordneten Weiderbauer brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Sicherung der Erwachsenenbildung an den NÖ Musikschulen ein.

Abgeordnete Mag. Karin **R e n n e r** (SP) erläuterte die Entstehung des Kulturbegriffes und betonte, dass Niederösterreich ein Musterland bei der Förderung von Kunst und Kultur sei. Sie dankte allen Kulturschaffenden und brachte einen **Antrag** auf getrennte Abstimmung zu diversen Budgetansätzen ein.

Abgeordneter Anton **K a s s e r** (VP) meinte, dass Kultur in Niederösterreich vor allem in den Regionen und somit vor der Haustür stattfinde. Er meinte, es gebe mit den NÖ Musikschulen im Bereich der musischen Förderung ein breites Angebot für Jung und Alt im ganzen Land. Letztes Jahr hätten die niederösterreichischen Teilnehmer beim Wettbewerb *prima la musica* überdurchschnittlich gute Platzierungen erzielt. In Zukunft können Erwachsene wie bisher die NÖ Musikschulen besuchen, würden aber nicht mehr von der öffentlichen Hand unterstützt werden. Mittlerweile würden rund 3.500 Kinder in Nie-

derösterreich auf einen Platz in einer NÖ Musikschule warten. Auch der NÖ Blasmusikverband mit 540 Mitgliedsvereinen und 20.000 Musikerinnen und Musikern sowie die NÖ Chöre mit rund 50.000 Sängerinnen und Sängern würden eine attraktive kulturelle Nahversorgung bieten.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl (FP) meinte, die Mitglieder der NÖ Dorf- und Stadterneuerung würden einen wichtigen Beitrag zur hohen Lebensqualität im Land leisten und zusätzlich zu den Aktivitäten der anderen Vereine zur Vielfalt des Kulturlebens in den Kommunen beitragen. Die Freiheit und Möglichkeiten bei den Aktivitäten für die NÖ Dorf- und Stadterneuerung seien vielfältig.

Abgeordneter Josef Edlinger (VP) betonte, die NÖ Dorf- und Stadterneuerung sei in den letzten 25 Jahren zur größten Bürgerinitiative geworden und habe einen wichtigen Beitrag zur Landesentwicklung geleistet. Dabei werde von den Menschen in den Dörfern entschieden, welche Projekte verwirklicht werden. Neuer Schwerpunkt sei die soziale Dorferneuerung, die das Zusammenleben und das Gemeinschaftsgefühl in den Ortschaften und Städten stärken solle. Weitere Maßnahmen zur kulturellen Vielfalt im Land seien die bundesländerübergreifende Ausstellung „Donau. Fluch & Segen“, aber auch der Ausbau des Archäologischen Parks Carnuntum mit einem neuen Besucherzentrum oder die Erweiterung des Museumsdorfs Niedersulz.

Die Budgetansätze der Gruppe 3 wurden bei getrennter Abstimmung mit Mehrheit von VP bzw. VP und SP angenommen. Die Resolutionsanträge (Senkung Budgetansatz und Sicherung der Erwachsenenbildung an den NÖ Musikschulen) wurden abgelehnt.

Gruppe 4

Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

In der Gruppe 4 sind im ordentlichen Voranschlag Ausgaben von 1,32 Milliarden Euro und Einnahmen von 752,37 Millionen Euro vorgesehen.

Abgeordnete Michaela **H i n t e r h o l z e r** (VP) meinte, die Budgeterstellung für das Jahr 2011 habe sich auf Grund der internationalen wirtschaftlichen Turbulenzen nicht einfach gestaltet. Trotzdem umfasse der Ansatz für Gesundheit und Soziales die Hälfte des Gesamtbudgets. Daran könne man erkennen, dass Niederösterreich auch in schwierigen Zeiten an seinem Ziel festhalte, das Land zu einer sozialen Modellregion auszubauen. Dabei müsse die soziale Hilfeleistung immer Hilfe zur Selbsthilfe sein. Der Bereich Gesundheit und Soziales müsse aber auch unter dem Aspekt der immer länger werdenden Lebenserwartung diskutiert werden. So seien beispielsweise die Pflegebedürftigkeit und die Dauer der benötigten Pflege in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Parallel dazu gebe es immer mehr Singlehaushalte bzw. Kleinhaushalte.

Abgeordneter Edmund **T a u c h n e r** (FP) kritisierte die im Budget veranschlagten Kürzungen im Sozialbereich. Diese Entwicklung würde in Anbetracht der immer noch steigenden Lebenshaltungskosten zu sozialen Ausgrenzungen ganzer Bevölkerungsgruppen führen. Ein **Abänderungsantrag** seiner Fraktion fordert eine Budgetierung zumindest wie im Voranschlag 2010. Ein **Resolutionsantrag** seiner Fraktion fordert einen Stopp der Postämterschließungen in Niederösterreich.

Abgeordnete Christa **V l a d y k a** (SP) betonte, es sei nicht hinzunehmen, dass nach wie vor sehr viele Menschen in Armut leben müssten. Man brauche daher eine Weiterentwicklung des Sozialstaates und keinen Rückschritt. 170.000 Niederösterreicher seien armutsgefährdet, 96.000 lebten in manifester Armut und 67.000 gelten als „working poor“. Gerade die bedarfsorientierte Mindestsicherung und die Schuldnerberatung seien

hier wichtige Instrumente. Ein **Resolutionsantrag** gemeinsam mit dem Abgeordneten Tauchner fordert eine Ermäßigung bei bedarfsorientierten Sammeltaxifahrten für Menschen mit Handicap. Zudem stellte sie einen **Antrag** auf getrennte Abstimmung.

Abgeordneter Anton **E r b e r** (VP) nahm zur neuen Pendlerhilfe Stellung, die bereits um vieles übersichtlicher geworden sei. Ein Teilzeitjob sei an sich nicht minderwertig und widerspreche nicht der Vereinbarkeit von Arbeit und Familie. Tatsache sei, dass im Sozialbudget nicht weniger enthalten sei. Der niederösterreichische Weg, Postpartner zu suchen, sei ein sehr guter Ansatz.

Abgeordneter Ing. Martin **H u b e r** (FP) sprach von dringend notwendigen sozialen Maßnahmen angesichts „verstärkter islamischer Parallelwelten“. Die FP kapituliere hier sicher nicht. Ein **Resolutionsantrag** seiner Fraktion fordert ein Burka-Verbot im öffentlichen Raum.

Abgeordnete Heidemaria **O n o d i** (SP) sagte, die Lebensqualität bleibe auch bei hochbetagten Menschen zentrales Element. Die Pflege und Betreuung älterer Menschen sei längst von einem individuellen Problem zu einem gesamtgesellschaftlichen Phänomen geworden. Ein **Resolutionsantrag** gemeinsam mit dem Abgeordneten Tauchner fordert eine Erweiterung der Urlaubsaktion für pflegende Angehörige.

Abgeordneter Franz **M o l d** (VP) betonte, Niederösterreich helfe sowohl den Pflegebedürftigen als auch den Pflegenden. Der Stellenwert der Sozialpolitik zeige sich auch im Landesbudget. Hinsichtlich der Menschen mit besonderen Bedürfnissen laute der Grundgedanke „Hilfe zur Selbsthilfe“. Auch die soziale Wiedereingliederung sei ein zentrales Element der Sozialpolitik. Er sei überzeugt, das ehrgeizige Ziel einer sozialen Modellregion auch zu erreichen.

Die Berichterstattung wird morgen, 17. Juni, um 9 Uhr mit der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung fortgesetzt.